

# Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 15 – Große Anfrage Katastrophenschutz

Dazu sagt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
der Landtagsabgeordnete

**Bernd Voß:**

**Landtagsfraktion  
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503  
Fax: 0431 / 988 - 1501  
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de  
www.sh.gruene-fraktion.de

**Nr. 629.11 / 17.11.2011**

## **Katastrophenschutzplanung auf den Schultern der Freiwilligen in Feuerwehr und Zivilschutz**

Vorweg einen Dank an die MitarbeiterInnen der Landesregierung für die Beantwortung der Fragen. Die enormen Schwierigkeiten, vor denen die Bevölkerung und die Behörden in Japan bei der Bewältigung der Reaktorkatastrophe von Fukushima stehen, haben uns zu dieser Großen Anfrage veranlasst.

Die Katastrophe von Fukushima hat uns einmal mehr auf ganz brutale Weise aus dem täglichen Verdrängen der Möglichkeit einer derartigen, vorher in diesem Ausmaß für uns alle unvorstellbaren Katastrophe gerissen.

Auch wenn zwei von drei schleswig-holsteinischen Atomkraftwerken nie wieder ans Netz gehen sollen, geht auch von ihnen Gefahr aus. Wir haben zugleich drei atomare Zwischenlager. Brokdorf läuft noch.

Die Antworten der Landesregierung in der Großen Anfrage sind angesichts dieser Lage über weite Strecken ernüchternd, ausweichend bis besorgniserregend.

Ich will das an drei Punkten deutlich machen:

Erstens, die Ereignisverkettung: Die Reaktorkatastrophe in Japan hat gezeigt, dass eine Verkettung mehrerer Ereignisse wie dort Erdbeben und Hochwasserwelle eine Atomkatastrophe erheblich wahrscheinlicher macht, und zugleich die Reaktionsmöglichkeiten erschwert und sich Schäden potenzieren können. Aus den Antworten geht nicht hervor, dass es eine szenarienabhängige Planung gibt, es gibt keine Planung für komplexe Katastrophen und keine abgestimmte Planung für die Risikopotenziale der verschiedenen Anlagen.

Es wird bei der Notfallplanung des Betreibers von einer Wettersituation ausgegangen, die grade mal 95 Prozent der meteorologischen Situationen abdeckt.

Bei der Frage der Erreichbarkeit der Atomkraftwerke in der Überflutungssituation wird lapidar auf die zwei Tore im Zaun verwiesen. Die Notstromversorgungssysteme des Atomkraftwerkes Brokdorf sind bei einem Stromausfall nur auf vier Tage Notbetrieb ausgelegt. Dann geht der Treibstoff aus.

Wir haben gefragt, wie die Bevölkerung evakuiert wird, wie die Jodtabletten verteilt werden. Die Planungen gehen davon aus, dass 80 Prozent der Menschen das Gebiet selbstständig z.B. mit dem PKW verlässt. Die Infrastruktur Straße und Bahn würden benutzbar bleiben.

Dies ist bei Hochwasser schwer vorstellbar, wie auch die geordnete Verteilung der Jodtabletten. Auch wenn jede Katastrophe ein Einzelfall ist: Zur Vorbereitung gehört die Vorplanung der verschiedenen Szenarien, die Katastrophenforschung in Kiel zu halten, die Einbeziehung der Gesundheitsämter der Kreise in die Planungen und besonders die Übung mit breiter Beteiligung der Bevölkerung.

Zweitens: Auch atomarer Katastrophenschutz lastet überwiegend auf den Schultern von freiwilligen Einsatzkräften der Feuerwehr und des Zivilschutzes.

Wegen der Aussetzung der Wehrpflicht ist unklar, wie viele Kräfte im Rahmen der zivil- militärischen Zusammenarbeit über den dann einberufenen Führungsstab Katastrophenschutz je nach Verfügbarkeit der Bundeswehr abberufen und eingesetzt werden können.

Ebenfalls unklar ist, in welchem Umfang und wofür der 1977 von den Betreibern der deutschen Atomkraftwerke gegründete kerntechnische Hilfsdienst zum Einsatz kommt.

Katastrophenschutzplanung auf den Schultern von Freiwilligen in Feuerwehr und Zivilschutz ist für die Atomkraftbetreiber zu preiswert. Die Atomkraftbetreiber müssen endlich auch bei den Kosten in vollem Umfang in die Pflicht genommen werden.

Drittens der Überflutungsschutz: Es ist beunruhigend, dass in Krümmel der Deich auf niedersächsischer Seite 14 cm niedriger liegt als der gefährdete Bereich des Atomkraftwerkes. Das Fazit der Landesregierung ist: Überflutung ausgeschlossen. Das Wasser fließt zuerst auf niedersächsisches Gebiet.

Entsprechend der Empfehlung der Reaktorsicherheitskommission nach den Ereignissen in Japan muss besonders für Brokdorf das Notfallschutzkonzept überprüft werden: Das betrifft neben der Funktionsdauer und Sicherheit des Atomreaktors auch die Flutsicherheit.

Während der Deich vor dem AKW Brokdorf bis zu einem Wasserstand von 8,4 m über NN gesichert ist, geht man bei einem Deichbruch von einem Wasserstand von 2,85 m über NN auf dem dahinter liegenden Kraftwerksgelände aus. Dann bleibt noch eine Reserve von 1,45 m, bis das Wasser die sicherheitstechnisch relevanten Gebäude gefährdet. Bei einem Wasserstand von 4,3 m geht der Reaktor baden.

Die Atomkraft können wir beeinflussen durch abschalten: Diese Erkenntnis fängt an, sich durchzusetzen. Wer, wie die Landesregierung, von einer veränderten Sachlage bei der Bewertung der Atompolitik ausgeht, muss auch beim Katastrophenschutz konsequent sein. Die Risiken von Großschadenslagen – das hat Japan gezeigt – können kumulativ eintreten, und sie sprengen alle unsere bisherigen Übungs- und Einsatzszenarien. Die Landesregierung muss Konsequenzen in der Katastrophenschutzplanung ziehen. Die Antworten der Großen Anfrage lassen nur den Schluss zu, dass hier intensiv nachgearbeitet werden muss.

\*\*\*